

Objekttyp: **Miscellaneous**

Zeitschrift: **Tec21**

Band (Jahr): **130 (2004)**

Heft 14: **Wettbewerbe vor Gericht**

PDF erstellt am: **22.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

PLANUNG

Die Region Luzern muss sich wehren

Die Region Luzern hat Probleme: Sie liegt abseits der Agglomeration Zürich mit der boomenden Aussenstation Zug; die Stadt Luzern muss mit wenigen Steuerzahlern viele zentrale Aufgaben finanzieren und sollte gleichzeitig Wirtschaftsmotor sein für ein vergleichsweise armes Hinterland. Die Industrie wandert ab, der Tourismus allein reicht als Perspektive nicht. Nun werden in Stadt und Vororten unterschiedliche Massnahmenbündel geschnürt – nicht alle zeugen von gestiegenem Problembewusstsein.

(*raw/sda*) Nach Meinung des Luzerner Stadtrats soll sich die Stadt wirtschaftlich und räumlich stärker und koordinierter entwickeln. Die Regierung richtet deshalb die Stadtentwicklung neu aus. Stadtpräsident Urs W. Studer, Baudirektor Kurt Bieder und Finanzdirektor Franz Müller haben am 2. März über das Paket informiert. Es gehe dabei um eine umfassende Weiterentwicklung der Stadt, sagte Studer.

Für die Jahre 2004 bis 2007 beantragt der Stadtrat dem Parlament einen Stadtplanungs-Rahmenkredit von 880 000 Fr. für vier unterschiedliche Projekte: Vor der konkreten Umsetzung steht das Vorhaben «BaBeL», mit dem die Basel- und die Bernstrasse aufgewertet werden sollen. Das Quartier soll seinen Charakter mit billigem Wohnraum und wirtschaftlicher Nischennutzung behalten, aber von seinem Negativimage wegkommen. Der Stadtrat möchte zudem den Plätzen in der Innenstadt und in den Aussenquartieren mehr Beachtung schenken.

Bei zwei Projekten geht es um das Gebiet Bahnhof-Tribschen. Der Richtplan für den Entwicklungsschwerpunkt «Bahnhof und Umgebung» soll bis Ende 2005 vorliegen. Zusätzlich wird ab 2005 eine Entwicklungsstudie erarbeitet werden, die räumlich bis zur Warteggrippe und zum Steghof reicht. Hier soll die Wirtschaft Entwicklungsmöglichkeit finden.

Luzern müsse wachsen, um den Wohlstand halten und finanziell erstarken zu können, sagte Müller. Als Leitplanke für das Wachstum setzt er dabei auf die Lebensqualität. Der Stadtrat will die schöne Lage nutzen und Luzern als gehobene Wohnstadt positionieren. Das Angebot im gehobenen Wohnungsbau bezeichnet er als unterdurchschnittlich. Wirtschaftlich

soll auf den eigenen Stärken aufgebaut werden, auf Marktforschung und Versicherungen etwa, vor allem aber auf dem Tourismus. Hier gehe es um die Frage, wie Luzern im Wellness- und Kongresstourismus wachsen könne.

Stadtentwickler ab Sommer

Um die einzelnen Bereiche der Stadtentwicklung besser koordinieren zu können, will der Stadtrat die Planung straffen. Fünf Leitsätze sollen die Richtung der Planung angeben, die Zahl der Vierjahres- und Jahresziele soll reduziert werden. Die im Herbst erscheinende Gesamtplanung 2005–2008 wird zum ersten Mal auf diesem neuen Modell beruhen. Die Stadtentwicklung erhält im Sommer auch eine eigene Stelle. Sie wird mit Ruedi Frischknecht besetzt, der bislang für den Kanton arbeitete.

Vier Entwicklungsschwerpunkte in Luzern Nord

Die Gemeinden Littau, Emmen und Luzern planen gemeinsam mit dem Kanton vier Entwicklungsschwerpunkte (ESP) zwischen Littau und Emmen. Die vier ESP zwischen Waldibrücke und Littauer Boden werden alle über den Seetalplatz erschlossen und können sich nur in gegenseitiger Abhängigkeit entwickeln. Sie könnten als Arbeitszonen genutzt werden. Grössere Parzellen stehen zur Umnutzung bereit. Erörtert werden Fragen der Nutzung, des Verkehrs, der Umwelt sowie städtebauliche Aspekte.

Landbesitzer, Unternehmer und die Öffentlichkeit können bei der Planung mitarbeiten. Bereits im September fand eine Klausurtagung statt, an der Standortqualität und Entwicklungsmöglichkeiten mehrheitlich positiv eingeschätzt wurden. Neuansiedlungen und die

Erweiterungen bestehender Unternehmen seien aber nur bei gewährleistet Verkehrserschliessung zu erwarten. Der Raum dafür wie auch für städtebauliche Massnahmen für einen attraktiven Lebens- und Arbeitsraum wird allerdings als begrenzt eingeschätzt.

Fusion von Luzern und Littau?

Gegenwärtig befindet sich eine Studie zu einer möglichen Fusion der Stadt Luzern und der Gemeinde Littau in der Vernehmlassung. Der von beiden Exekutiven bestellte Expertenbericht prognostiziert mehr Vor- als Nachteile für beide Partner. Die Stadt Luzern hat als einzige grössere Schweizer Stadt nie Vororte eingemeindet und verfügt heute kaum mehr über Baulandreserven. Die ärmere Gemeinde Littau könnte dafür vom tieferen Steuerfuss der Stadt profitieren.

«Wohlfühlgemeinde» Emmen?

Emmen, traditioneller Industrie- und Arbeitervorort von Luzern, will von seinem Negativimage wegkommen und zur «Wohn- und Wohlfühlgemeinde» werden. Wie die Gemeinde am 3. März mitteilte, hat eine Arbeitsgruppe von dreissig Personen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Schule und Bürgerschaft entsprechende Massnahmen vorgeschlagen.

So soll Emmen architektonisch und gestalterisch aufgewertet werden. Vorgesehen sind «Wir-Räume», Plätze, an denen sich die Bevölkerung treffen und wohlfühlen soll. Vorgeschlagen werden auch «Kreativ-Zonen» für innovatives Bauen. In den Quartieren wird sozial eine «bessere Durchmischung» angestrebt: Mit Quartierrichtplänen soll weiterer sozialer Wohnungsbau unterbunden werden. Die Gerliswilstrasse soll verkehrsfrei werden und zusammen mit der

Emmenweid das Stadtzentrum bilden. Hochwertiges Wohnen, Kleingewerbe, Restaurants sowie ein gutes Kultur- und Freizeitangebot sollen die Attraktivität des Quartiers steigern. Bei der Bildung heissen die Stichworte Begabtenförderung, Blockzeiten und Tagesschulen. Die Sportinfrastruktur soll ausgebaut werden. Zudem werden drei Steuersenkungsrunden angestrebt. Wer einen «guten Steuerzahler» nach Emmen lockt, soll belohnt werden. Das Sicherheitsgefühl soll unter anderem mit mehr Polizisten erhöht werden. Verlangt wird auch die Schliessung des Erstaufnahmезentrums für Asylsuchende. Ferner werden Integrationsprojekte für Ausländer vorgeschlagen. Weitere Massnahmen betreffen Marketing und Wirtschaftsförderung. Als Vision schwebt der Arbeitsgruppe vor, dass Emmen 2014 den Wakkerpreis erhalten soll.

Randregion Zentralschweiz?

Diese von verschiedenen Gremien vorgeschlagenen Massnahmen zeugen davon, dass der Problemdruck in der Region Luzern spürbar wird. Doch nicht alle zeugen auch von gestiegenem Problembewusstsein. Natürlich wird sich eine erfolgreiche Neuorientierung letztlich aus vielen kleinen Massnahmen zusammensetzen. Doch noch so viele lokale Initiativen führen wohl nicht darum herum, dass sich die Region als Ganze der Diskussion stellen müssen, welche Funktionen sie künftig in der Wirtschaftslandschaft Schweiz übernehmen kann und will. Das Problem ist mindestens ein regionales. Lösungen werden deshalb in breiter Diskussion – bis über die Kantons Grenzen hinaus – gesucht werden müssen, nicht in kommunalen Alleingängen und verschärftem Steuerwettbewerb Gemeinde gegen Gemeinde.

BAUEN

Brückensanierung: Kosten unterschätzt



Die Stahlfachwerkbrücke über die Aare zwischen Koblenz und Felsenau soll erhalten bleiben, doch frass der neue Fussgängersteg zu viel vom Sanierungskredit (Bild: Hans Hürzeler, Baudept. Kt. Aargau)

(sda/de) Trotz massiver Mehrkosten soll die Aarebrücke zwischen Koblenz und Felsenau umfassend saniert werden. Der Regierungsrat des Kantons Aargau unterbreitet dem Grossen Rat dafür einen Zusatzkredit von 6.2 Mio. Fr. Die massive Kritik von links bis rechts im Rahmen der Anhörung bringt die Regierung nicht von ihrem ursprünglichen Ziel ab. Die als erhaltenswürdig eingestufte Stahlfachwerkbrücke soll bestehen bleiben und für weitere mindestens 40 Jahre uneingeschränkt dem Verkehr über die Aare dienen.

Der Grosse Rat hatte im Mai 2000 für einen neuen Steg und den Ausbau des bald 70 Jahre alten Aareübergangs einen Kredit von 8.6 Mio. Fr. bewilligt. Nachdem der seitlich an der Stahlfachwerkbrücke angebrachte Steg für Fussgänger und Velos fertig gestellt war, stellte sich heraus, dass der Kredit für die Gesamtsanierung bei weitem nicht ausreichen würde.

Geld reicht nur für notdürftige Reparatur

Mit den verbleibenden Mitteln könnte die Strassenbrücke lediglich notdürftig repariert werden,

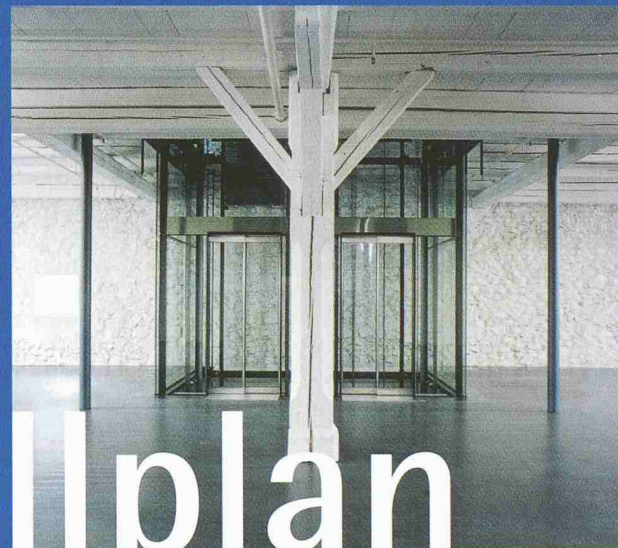
schreibt der Regierungsrat in seiner Botschaft vom 19. März. Die Brücke müsste in diesem Fall mit einer Lastbeschränkung auf 28 t belegt und in voraussichtlich 15 oder 20 Jahren ersetzt werden. Den Steg zu bauen, bevor auch das Brückenprojekt im Detail ausgearbeitet und kostenmässig abgesichert war, sei falsch gewesen, räumt der Regierungsrat in seinem Bericht an den Grossen Rat ein. Die Abteilung Tiefbau und das Baudepartement hätten die Ursachen und Verantwortlichkeiten ausführlich analysiert und daraus auch bereits erste Konsequenzen gezogen. Für eine anteilmässige Beteiligung von Dritten an den Mehrkosten fehlen hingegen die haftpflichtrechtlichen Voraussetzungen.

Vom Zusatzkredit von 6.2 Mio. Fr. entfallen 2.5 Mio. auf den Kanton, der Rest geht zulasten des Bundes und an Dritte, heisst es in der Botschaft der Regierung. Die Gesamtkosten für das Brückenprojekt betragen neu 15.6 Mio. Fr. Wird der Zusatzkredit im Grossen Rat nicht mit der absoluten Mehrheit aller Mitglieder gutgeheissen, so unterliegt der Beschluss dem obligatorischen Referendum.

Qualität Vertrauen Sicherheit

Kunde: OMG + Partner Architekten AG, Winterthur

Projekt: Umbau Stadtbibliothek Winterthur



Allplan 2004

Führende Lösungen
für Architekten und
Bauingenieure



NEMETSCHKEK
FIDES & PARTNER AG

Distribution und Vertrieb
Nemetschek Fides & Partner AG
8304 Wallisellen, 01 / 839 76 76
3011 Bern, 031 / 348 49 39, www.nfp.ch

Unser Partner in der Ostschweiz
CDS Bausoftware AG, Heerbrugg
071 / 727 94 94, www.cds-sieber.ch

Unser Partner in der Westschweiz
ACOSOFT SA, 1870 Monthey
024 / 471 94 81, www.acosoft.ch